

Mechthild Heil MdB

CDU

Berlin-Info Nr. 32 | 10. Mai 2019



Web: www.mechthild-heil.de | Instagram: www.instagram.com/mechthild_heil

Facebook: www.facebook.com/MechthildHeil | Twitter: [@MechthildHeil](https://twitter.com/MechthildHeil)

Liebe Leserinnen und Leser,

haben Sie schon Pläne für das Jahr 2030?
Können Sie sich vorstellen, wie wir dann leben, wohnen, arbeiten und kommunizieren werden?

Schon heute müssen wir uns Gedanken machen, welche Entwicklungen in der Zukunft denkbar sind. Und welche Konsequenzen wir daraus ziehen müssen. In den nächsten Jahren werden sich unsere Mobilität, unsere Versorgung mit Energie und Lebensmitteln und sicherlich auch die politische Landschaft stark verändern.

In den letzten Monaten haben wir uns als Unionsfraktion in verschiedensten Veranstaltungsformaten intensiv mit diesen Themen auseinander gesetzt und werden diese Arbeit weiterführen.

Denn es liegt an uns, die Weichen zu stellen und uns so eine wünschenswerte Zukunft zu gestalten!

Ihre

M. Heil



Europa- und Kommunalwahl am 26. Mai—Veranstaltungen vor Ort

Veranstaltung mit Anja Karliczek (MdB), Bundesministerin für Bildung und Forschung
am Dienstag, dem 21. Mai 2019 um 15.00 Uhr
Kelberger Str. 43 in 56727 Mayen,
Bundesbildungszentrum des Deutschen Dachdeckerhandwerks,
Thema: „Die berufliche Bildung – Chancen für junge Menschen“

Veranstaltung mit Volker Kauder (MdB)
am Dienstag, dem 21. Mai 2019 um 18.00 Uhr
Konrad-Adenauer-Allee 1 in 56626 Andernach
Mittelrheinhalle
Thema: „Religionsfreiheit – ein Menschenrecht“

Veranstaltung mit Peter Tauber (MdB), Parlamentarischer Staatssekretär bei der Bundesministerin der Verteidigung
am Donnerstag, dem 23. Mai 2019 um 15.30 Uhr
Bahnstr. 66 in 56743 Mendig, Hotel „Laacher Lay“
Thema: „Sicherheit in Europa“

Veranstaltung mit Ralph Brinkhaus (MdB), Vorsitzender der CDU/CSU-Bundestagsfraktion
am Donnerstag, dem 23. Mai 2019 um 19.30 Uhr
Koblenzer Str. 72 in 53489 Sinzig, „Helenensaal“
Thema: „Für Deutschlands Zukunft – Unser Europa!“



Förderung der Organspende—Aber wie?

In Deutschland warten aktuell noch immer 9.400 schwerkranke Patientinnen und Patienten auf ein Spenderorgan. Während sich der Großteil der Bevölkerung für die Organspende ausspricht, besitzen derzeit aber nur 36 Prozent einen Organspenderausweis. Das reicht damit nach wie vor bei Weitem nicht aus, um den Bedarf an Spenderorganen zu decken. Um hier Abhilfe zu schaffen, werden derzeit zwei Reformvorschläge debattiert. Bei der bisherigen Entscheidungslösung sind Entnahmen nach dem festgestellten Hirntod nur möglich, wenn die Person im Vorfeld ausdrücklich zugestimmt hat - einen Zwang zur Entscheidung gibt es nicht. Anders ist dies bei der von Gesundheitsminister Spahn vorgeschlagenen doppelten Widerspruchslösung und dem fraktionsübergreifenden Gegenentwurf eines Onlineregisters. Als Spender gilt bei der Widerspruchslösung jede Person, die zu Lebzeiten nicht ausdrücklich widersprochen hat. Der Gegenentwurf sieht hingegen ein bundesweites Onlineregister vor, in dem eine verbindliche Erklärung für oder gegen eine Organ- und Gewebespende registriert werden soll. Eines ist jedoch sicher: Egal wie die Debatte letztlich ausgehen wird: das erklärte Ziel muss sein, die konkrete Spenderbereitschaft und somit die Zahl lebensrettender Transplantationen zu erhöhen.





IGS Remagen zu Besuch im Bundestag

Mit einer großen Schülergruppe der IGS Remagen konnte ich mich am Dienstag in einem gemeinsamen Gesprächstermin austauschen.

Die aufgeweckte Truppe hatte eine Menge Fragen und ich hoffe, dass ich alle zur Zufriedenheit beantworten konnte. Ich hoffe die Gruppe hatte noch eine tolle Zeit in Berlin.

So ein Termin macht doch immer Spaß!

Besuch zum Thema Mantelverordnung

Am Donnerstag waren Herr Dr. Schäfer vom Bundesverband Baustoffe – Steine und Erden e.V. und Herr Dr. Demmich von der Firma Knauf bei mir zu Besuch. Wir haben über die sog. Mantelverordnung gesprochen, in der unter anderem die Nutzung von Bauschutt und Aushub im Tiefbau und zur Verfüllung neu geregelt werden soll. Die Mantelverordnung hängt seit einiger Zeit im Bundesrat fest, soll aber in absehbarer Zeit auf den Weg gebracht werden, um unterschiedliche Regelungen der Bundesländer zu vereinheitlichen und zu modernisieren.

Bei den mineralischen Bauabfällen gibt es zurzeit eine Recyclingquote von über 96%.

Die strengeren Vorgaben der Mantelverordnung werden in Zukunft dazu führen, dass mehr Baustoff auf Deponien gelagert werden muss, statt wiederverwendet zu werden.

Das ist aus Umweltschutzgesichtspunkten nachvollziehbar, allerdings müssen wir in der Baupolitik auch darauf achten, dass die Recyclingquote im Bauschuttbereich dadurch nicht zu stark absinkt und weiterhin genug Material zum Beispiel für den Straßenbau zur Verfügung steht.



Reform des Wohngelds—Entlastung für Familien und Senioren

Das Bundeskabinett hat in dieser Woche den vom Bundesminister des Inneren, für Bau und Heimat, Horst Seehofer, vorgelegten Gesetzentwurf zur Wohngeldreform beschlossen. Mit der Reform sollen die Reichweite und das Leistungsniveau des Wohngeldes angehoben werden. Nach dem vorgelegten Entwurf wird die Zahl der Empfängerinnen und Empfänger deutlich steigen, so dass 180.000 Menschen mehr vom Wohngeld profitieren werden. Um die Entlastungswirkung des Wohngeldes aufrechtzuerhalten, ist zudem eine zweijährige Anpassung an die allgemeine Entwicklung der Mieten und Einkommen vorgesehen. Mit der Erhöhung des Gesamtvolumens auf 1,2 Mrd. Euro und der Einführung einer neuen Mietstufe VII, die höhere Mieten in angespannten Wohnungsmärkten berücksichtigt, sind weitere wichtige Regelungen getroffen worden, um bezahlbares Wohnen auch für einkommensschwache Haushalte sicherzustellen.

Der Gesetzentwurf wird nun im Deutschen Bundestag und Bundesrat beraten und soll am 01.01.2020 in Kraft treten. Während weitere Maßnahmen zur Entlastung des Wohnungsmarktes natürlich weiterhin unabdingbar bleiben, stellt die nun vorgestellte Wohngeldreform einen wichtigen Beitrag dar, den ich sehr begrüße.



Tag der Städtebauförderung

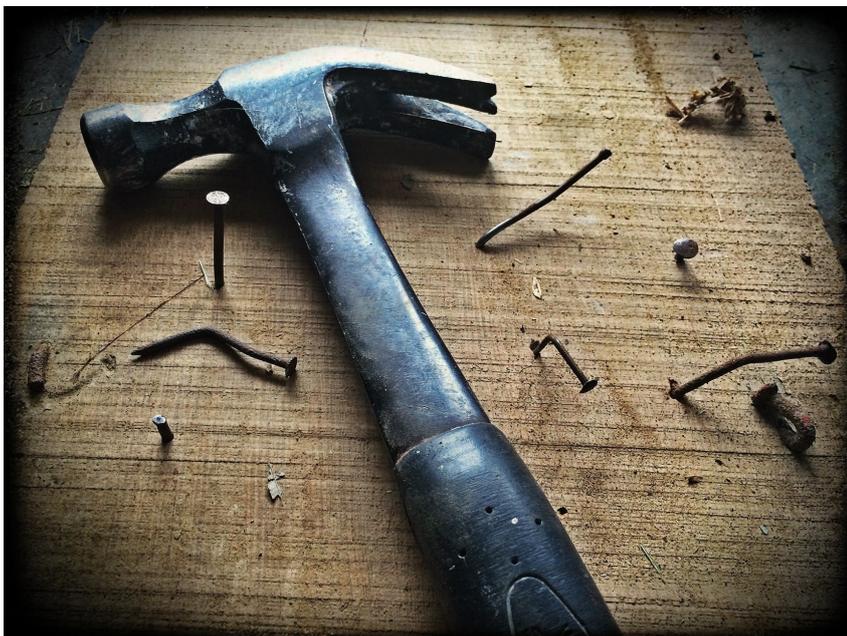
Die Städtebauförderung ist ein Instrument des Bundes, den Kommunen bei der Entwicklung ihrer Ortschaften auch finanziell zu helfen. Die Menschen wünschen sich lebenswerte Städte und chancenreiche ländliche Räume. Die Städtebauförderung setzt sich dafür ein, diese Wünsche zu erfüllen und das unabhängig vom Wohnort. An diesem Samstag wird der 5. Tag der Städtebauförderung veranstaltet. Aus diesem Anlass gab es heute im Bundestag eine Debatte zur Städtebauförderung, in der ich als Vorsitzende des Ausschusses für Bau, Wohnen, Stadtentwicklung und Kommunen sprechen konnte.

Bei der Städtebauförderung ist für die Bevölkerung vor Ort ganz konkret zu sehen, dass die Berliner Politik nicht nur fern ist, sondern in ihren Städten und Gemeinden direkte Wirkung entfalten kann.

In unserem Wahlkreis haben die Kommunen seit 2013 jedes Jahr mit durchschnittlich gut 1,5 Millionen Euro von der Städtebauförderung profitiert.

Da jeder Euro aus der Städtebauförderung etwa sieben weitere Euro an Investitionen nach sich zieht, sind dadurch seit 2013 über 70 Millionen Euro an Investitionen in unsere Heimat ausgelöst worden.

Der Tag der Städtebauförderung soll den Bürgern die Möglichkeit geben, das Ergebnis dieser Investitionen in ihren Ortschaften zu erleben. Etwa 550 Städte und Gemeinden aus ganz Deutschland nehmen am 5. Tag der Städtebauförderung teil. Aus unserer Region sind diesmal Plaidt und Krufft mit dabei, sowie weitere Kommunen in der Umgebung. Vielleicht nutzen Sie die Gelegenheit und schauen Sie sich eine der Veranstaltungen an.



Weitere Informationen zum Tag der Städtebauförderung und den Veranstaltungen vor Ort finden Sie unter www.tag-der-staedtebaufoerderung.de

Meine Plenarrede können Sie [hier](#) sehen.